

GREGOR RUTZ IM STAMMERTAL ZU GAST

Der Staat macht keine Steuergeschenke

Der SVP-Nationalrat Gregor Rutz war am diesjährigen Fondseabend der SVP Stammertal Gastreferent. Dabei plädierte er für die wichtigen Werte wie Sicherheit und Stabilität.

RoMü. «Wir können heute einen Gast begrüssen, welcher die Parteilarbeit von der Front und vom Hintergrund her kennt. Er gilt nicht als Hardliner mit dem Zweihänder, sondern er sucht die Lösungen eher auf dem pragmatischen Weg», stellte Konrad Langhart, Präsident der SVP Stammertal, bei der Begrüssung des Gastreferenten Gregor Rutz fest. Von 2001 bis 2008 leitete Rutz das Generalsekretariat der SVP Schweiz, sass auch einige Jahre im Zürcher Kantonsrat und gehört seit 2012 dem Nationalrat an. «Als wir die Schwerpunkte für den nationalen Wahlkampf in diesem Jahr mit den Schwerpunkten Stabilität und Sicherheit legten, konnten wir noch nicht ahnen, dass mit Blick auf die Aktualität beide Themen Top aktuell sind», hielt SVP-Nationalrat Gregor Rutz fest. Die Terroranschläge in Paris und die Loskoppelung des Schweizer Frankens vom Euro hängen für ihn entsprechend eng mit den Wahlkampfthemen zusammen.

Rutz gab auch ein klares Plädoyer für den Föderalismus und das Milizsystem ab. «Die Kritik, dass dieses alles unprofessionell ist und auch zu langsam geht, lasse ich nicht gelten. Gerade der Wettbewerb unter den Gemeinden und den Kantonen und Entscheidungsträger, welche mit beiden Füssen im breiten Erwerbsleben stehen, machen mit ihrer Arbeit und vernünftigen Entscheidungen unser Land stabil, attraktiv und auch sicher. Die Mitsprache des Volkes garantiere zudem eine starke und prosperierende Wirtschaft», so ist Rutz überzeugt. Denn für ihn ist auch klar, dass Milizparlamentarier fast immer praxistaugliche Gesetze machen.

Mit Blick auf den aktuellen sehr starken Franken und schwachen Euro kam Rutz zum Schluss, dass die Währung das Spiegelbild der wirtschaftlichen Lage eines Landes ist. Die ma-



SVP-Nationalrat Gregor Rutz zeigte verschiedene Baustellen in der aktuellen Politik auf.

rode wirtschaftliche Lage mancher Euro-Länder lasse hier vorerst keine grossen Änderungen zu.

Für Rutz sind es auch die wirtschaftlichen Notlagen gerade beispielsweise in Frankreich, wo in einzelnen Quartieren bis zu 50 Prozent arbeitslos sind, welche aufgrund der Perspektivlosigkeit viele Jugendliche in die Arme von Extremisten treiben. Eine Bestätigung dieser These sieht er in der Herkunft der Täter von Paris, welche in solchen Umfeldern aufgewachsen sind. Aktuell sieht Rutz auch Arbeit bei uns.

So muss die KESB wieder näher an der Bürger geführt werden. Zudem gilt es, das Initiativ- und Referendumsrecht in der heutigen Form zu erhalten. «Hier drohen uns massive Einschränkungen. Es kann so weit kommen, dass auf jedem Unterschriftenbogen einer der Politik und Verwaltung nicht willkommenen Volksinitiative analog zur Zigarettenpackung mögliche Folgen und Nebenwirkungen aufgedruckt werden müssen, um den Bürger vor der Abgabe seiner Unterschrift zu ber-

vormunden», so Rutz etwas besorgt. «Deshalb gilt es bei den kommenden Wahlen auf die richtigen Leute zu setzen, um so weiterhin Stabilität und Sicherheit in der Schweiz zu gewährleisten.»

Fragen bewegen die Bürger

Die anschliessende Diskussionsrunde verlief durchaus sehr lebhaft. So war der Fall Carlos ein Thema. Hier machte Rutz deutlich, dass dieser Fall ein druckvoll aufzeigte, wie heute die sogenannte Sozialindustrie läuft und unabhängig ihrer Erfolge sich kaum bremsen lässt. «Seit 1979, wo ich aktiv in der Politik bin, wird vom Abbau der Administration gesprochen. Warum bringt es bis heute aber niemand fertig, diese einzudämmen», wollte Alt-Kantonsrat Hans Farnet wissen. Für Rutz ist der Hauptgrund, dass viele an die Allmacht des Staates glauben, dass dieser viele Probleme mit noch mehr Auflagen lösen kann. «Ich sehe einzig einen Lösungsansatz darin, dass man wieder verstärkt auf die Mündigkeit und Eigenverantwortung der Bürger setzt», so Rutz. Auch die anstehende Abstimmung über die Familieninitiative der CVP sorgte für Fragen.

Insbesondere das Verhalten einiger SVP-Exponenten wurde gerügt, weil sie sich gegen diese ausgesprochen haben. Rutz erinnerte daran, dass er von Beginn weg hinter der Initiative gestanden hat. «Ich kann aber jetzt die FDP nicht verstehen, dass sie die Familieninitiative der CVP mit der Begründung ablehnt, es werden damit zuviel Steuergeschenke gemacht», stellte Rutz fest. Für ihn ist klar, dass der Staat gar keine Steuer- oder Gebührengeschenke machen kann. «Der Staat nimmt einfach einem etwas weniger weg, was noch lange kein Geschenk ist», so Rutz im Klartext.

SVP BEZIRK MEILEN

Heisse Maroni bei Minustemperaturen



ZB. Eisige Temperaturen weit unter dem Gefrierpunkt hielten die Kantonsratskandidaten nicht davon ab, sich der Bevölkerung zu präsentieren. In Hombrechtikon verteilte Lokalmatador Tumasch Mischol zusammen mit den Kantonsräten Clau-

dio Zanetti und Hans-Peter Amrein sowie den weiteren Kandidaten Peter Frey und Thomas Lüthi heisse Maroni den Passanten.

Unterstützt wurde das illustre Quintett von Nationalrat Gregor A. Rutz.

SVP BEZIRK PFÄFFIKON

Erfolgreiche Standaktion der SVP in Fehraltorf



Standaktion in Fehraltorf mit den Kandidaten René Truninger, Marcel Marfurt und dem bisherigen Kantonsrat Reinhard Fürst und fleissigen Helfern.

ZB. Ende Januar verteilten die sieben Kantonsratskandidaten der SVP des Bezirks Pfäffikon ZH an einer Standaktion in Fehraltorf nebst Tiggelen auch über 100 Zöpfli und schenkten

Punsch und Glühwein aus. Die Bevölkerung wurde über die kommenden Wahlen im April 2015 informiert. Trotz eisigen Temperaturen fanden viele interessante Gespräche statt.

INITIATIVE «ENERGIE- STATT MEHRWERTSTEUER»

Zwischen Hoffen und Bangen

Die Grünliberalen haben eine Initiative lanciert, welche am 8. März 2015 zur Abstimmung gelangt. Diese verlangt, dass die Mehrwertsteuer abgeschafft wird. Neu soll dafür eine Steuer auf alle nicht erneuerbaren Energien (Öl, Benzin, Atomstrom etc.) eingeführt werden.



Stefan Schmid
Kantonsratskandidat
Niederglatt

Die Initiative wirkt auf den ersten Blick vernünftig, denn wir alle wollen ja eine möglichst saubere Umwelt. Erst auf den zweiten Blick entpuppt sich die Initiative als fatale Fehlkonstruktion mit grössten Risiken. Trotzdem halten die Grünliberalen an der Initiative fest, denn Grün ist die Farbe der Hoffnung. Der glp bleibt das «Hoffen», dem Volk hingegen bleibt das «Bangen». Bangen um unsere Wirtschaft, Bangen um unsere Arbeitsplätze.

Man stelle sich vor was passiert, wenn der Liter Benzin schlagartig das Doppelte oder Vierfache kostet. Was würde dies für Schreiner, Dachdecker, Gärtner, Maler und andere Handwerksbetriebe bedeuten? Sie hätten gegenüber den Anbietern aus dem grenznahen Ausland einen klaren Wettbewerbsnachteil. Der Verlust von Arbeitsplätzen wäre im Handwerk garantiert und vorprogrammiert.

Bangen müssten wir aber auch um unser produzierendes Gewerbe. Da dieses mehr Energie benötigt als Dienstleistungsbetriebe, würden sich alle in der Schweiz hergestell-

ten Produkte verteuern, die Schweiz ihre Attraktivität als Produktionsstandort verlieren. Der Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen wäre flächendeckend und im ganzen Land die Folge.

Eine Fehlkonstruktion

Neben dem Verlust von Arbeitsplätzen würde das Volk durch die Verteuerung von Lebensmitteln zusätzlich geplagt. Denn alle in der Schweiz hergestellten Lebensmittel würden durch die neue Steuer deutlich teurer. Vor allem Menschen mit tiefem Einkommen und Familien wären am stärksten betroffen.

Neben der Verteuerung von Lebensmitteln, würde sich die Initiative auch negativ auf die Wohnkosten auswirken. Jene Menschen, welche sich keine Wohnung in einem Minergie-Neubau leisten können, wären im Nachteil. Die neue Energiesteuer würde die Nebenkosten für Heizung und Warmwasser um ein Mehrfaches erhöhen. Diese Folge würde man als Mieter spüren, aber auch als Eigentümer.

Die Initiative wirkt sich aber nicht nur negativ auf die Lebensmittelpreise und Wohnkosten aus, sondern auch auf Alltagsgegenstände im unteren Preissegment. Für eine Kinderuhr müsste man beispielsweise denselben Frankenbetrag an Steuern entrichten, wie für ein mit Diamanten bestücktes Luxusmodell.

Neben der sozialen Fehlkonstruktion ist die Initiative auch ökologisch mehr als fragwürdig, denn die Exportindustrie wäre von der Steuer befreit. Ein verantwortungsloser Exporteur könnte beliebig viele Emissionen verursachen, steuerfrei. Der verantwortungsvolle und nachhaltige Produzent, welcher den heimischen Markt beliefert, würde hingegen mit der Energiesteuer abgestraft.

Ein waghalsiges Experiment

Dass die Initiative nicht mehr als ein waghalsiges Experiment ist, beweist die glp gleich selber. Auf deren Website steht wortwörtlich: «Sollte sich die Energiesteuer zu einem Erfolgsmodell entwickeln, würden die umliegenden Staaten rasch eine vergleichbare Steuer einführen.» Sie lesen richtig: «Sollte sich die Energiesteuer zu einem Erfolgsmodell entwickeln...». Selbst die glp scheint unsicher, riskiert nach dem Prinzip «Hoffnung» in blinder Ideologie Kopf und Krage für Volk und Wirtschaft.

Weder Hoffen noch Bangen ist jetzt angesagt. Angesagt ist ein klares und überzeugtes NEIN am 8. März. NEIN zum Verlust von tausenden Arbeitsplätzen, NEIN zu teuren Lebenshaltungskosten, NEIN zu einem fatalen Experiment. Nein zur Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer».

LESERBRIEF

Wohltat oder Katastrophe

Ob die Klimaerwärmung auf eine Wohltat oder auf eine Katastrophe hinsteuert, darauf gibt es aus der Urzeit eine Antwort. Man nimmt an, dass der CO₂-Gehalt der Luft in grauer Urzeit etwas grösser war und daher das Klima der Erde wärmer war. Wäre es nicht so gewesen, gäbe es keine Torf-, keine Kohlenlager, kein Erdöl und kein Erdgas. Es hätte auch später nicht einmal pflanzenfressende Saurier gegeben.

Nur mit der einen Behauptung, der CO₂-Ausstoss muss vermindert werden, weil sich sonst die Erde erwärmt, ist es nicht getan. Viele Kreise reden immer vom Klima und niemand getraut sich, die näher kommende Realität auszusprechen. Die Wahrheit muss doch heissen, die fossilen Energieträger müssen gesparrt werden, dass die nachfolgenden Generationen auch noch von den Vorräten zehren können. Ob das global gelingt, ist die grösste Aufgabe der Zukunft. Die Politik wird früher oder später diese Wahrheit offen kommunizieren müssen. Das Klima wird aus verschiedenen Gründen

nach hinten verschoben. Der politische Einsatz wäre viel einfacher, hätte sich nicht aufgrund von Prognosen schon längst eine grosse Klimaindustrie eingenistet. Die Politik ist mit der wachsenden Weltbevölkerung konfrontiert. Die Nahrungsmittelbeschaffung wird anspruchsvoller. Der Energiebedarf nimmt ständig zu. Die Menschheit wächst in eine unheimlich extrem schwierige Zeit.

Nach oben stehender Erkenntnis aus der grauen Urzeit gibt es Klarheit darüber, dass mit höherem CO₂-Gehalt die Pflanzen viel besser wachsen. Das wird auch heute da und dort experimentell bewiesen. Das hat die Weltbevölkerung zur Sicherstellung der Nahrung bitter nötig. Stimmt die Niederschlagsmenge so ist die Erhöhung der Temperatur nicht so wichtig. So gelesen wird das viel gescholtene CO₂ zur Wohltat für die Menschheit und nicht zu angekündigten Katastrophen führen.

Max Matt,
Altstätten SG